

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

September 2021

hauptstadt *magazin*



Schlechte Bilanz
am Ende der
Legislaturperiode



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

aus Anlass der unmittelbar bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus haben wir in diesem Heft Bilanz gezogen – Bilanz darüber, inwieweit der Berliner Senat in der zu Ende gehenden Legislaturperiode seiner Verantwortung für den öffentlichen Dienst nachgekommen ist. Das Ergebnis ist, gelinde gesagt, deprimierend, egal ob es unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten oder zukunftsgerichteter Planung von Personal und Arbeitsumgebung betrachtet wird.

In dieses negative Szenario verpasster Chancen und Möglichkeiten fügt es sich wie maßgeschneidert ein, dass die „Bild“-Zeitung auch in diesem Jahr ihre Mär von der „geschenkten“ Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten wieder aufgetischt hat. Mit wahrer Engelsgeduld hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Eigenthaler den unbelehrbaren Machern der Zeitung erneut widersprochen.

Besonders erfreulich verlief dagegen der Parlamentarische Frühschoppen des dbb berlin, der nach anderthalbjähriger Corona-Pause Mitte August stattgefunden hat. Auch wenn wahlkampfbedingt der eine oder andere „Ausfall“ zu verzeichnen war, tat das der Freude und dem Interesse am endlich wieder möglichen persönlichen Meinungsaustausch keinerlei Abbruch.

Damit persönliche Begegnungen auch weiterhin realisierbar bleiben, gebe ich in diesem Heft auch gern den dringenden Appell weiter, mit dem sich der Regierende Bürgermeister an den dbb berlin gewandt hat: Gemeinsam für die Impfung gegen COVID-19 werben! Die weitestgehende Impfung der Bevölkerung ist die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie.

In diesem Sinne grüßt Sie

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik

| | |
|---|----|
| Traurige Bilanz | 4 |
| Immer dieselbe Leier | 7 |
| Politik beim Frühschoppen | 8 |
| Sonderurlaub im Katastrophenfall | 10 |
| Meinungsaustausch mit Franziska Giffey vereinbart | 11 |

Frauen

| | |
|---|----|
| Fortschritte bei beruflicher Gleichstellung | 11 |
|---|----|

Mitgliedsgewerkschaften

| | |
|---------------------------------------|----|
| Landesgewerkschaftstag der gkl berlin | 12 |
|---------------------------------------|----|

Unterhaltung

| | |
|------------------------------|----|
| Nach der Arbeit raus auf See | 14 |
| Preisausschreiben | 15 |

Zum Schluss

| | |
|-----------------------------------|----|
| BBBank setzt Fokus auf den Kunden | 16 |
|-----------------------------------|----|

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: cottonbro/Pexels

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Gerechtigkeit geht anders

Traurige Bilanz

Stillstand, Fehlentscheidungen und Verzögerungstaktiken haben die Politik der Berliner Regierungskoalition gegenüber dem öffentlichen Dienst in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gekennzeichnet. Der rot-rot-grüne Senat hat – offenbar verstrickt in gegensätzliche Positionen der Koalitionäre – keine zukunftsweisenden Weichenstellungen zustande gebracht, ja nicht einmal die drängendsten Gegenwartsprobleme gelöst. Stattdessen wurde mit ideologischen Scheuklappen jede Menge Porzellan zerschlagen.

„Der schönste Personalentwicklungsplan für die massiv unterbesetzte Verwaltung greift nicht, wenn die simpelsten Gesetze von Angebot und Nachfrage hartnäckig ignoriert werden“, zieht dbb Landeschef Frank Becker das Fazit über den nur allzu bescheidenen Erfolg bei der dringenden Nachwuchsgewinnung für die Berliner Verwaltung.

Viel zu spät und dann auch noch völlig unzureichend habe man begonnen, den Bezahlungsrückstand gegenüber den anderen Gebietskörperschaften, der sich als entscheidender Wettbewerbsnachteil erwiesen hat, abzubauen. Unzureichend deshalb, weil absolut unlogisch am Angleichungsmaßstab „Länderdurchschnitt“ festgehalten wurde, obwohl die Hauptkonkurrenten bei der Personalgewinnung, die in Berlin ansässigen Bundesbehörden, damit nicht zu packen sind. Schlimmer noch, als ob es der Senat geradezu darauf anlegt, potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu verschrecken, gibt er mit Verfassungsverstößen gegen die amtsangemessene Besoldung ein ausgesprochen schäbiges Bild als Dienstherr ab.

„Vermutlich wurde ein Kardinalfehler schon zu Beginn der Legislaturperiode mit der Übertragung der Kompetenzen für den öffentlichen Dienst an die Senatsverwaltung für Finanzen begangen“, meint Becker, „denn diese müsste geradezu janusköpfig sein, wollte sie die haushaltspolitischen und die personalpolitischen Interessen vernünftig unter einen Hut bringen.“

Tatsächlich standen haushaltspolitische Interessen über die Legislaturperiode hinweg ganz klar im Hauptfokus der Senatsverwaltung, die sich nie gescheut hat, auch um eher geringfügiger Ersparnisse willen für Ungerechtigkeiten zu sorgen und die

Beschäftigten zu verprellen. Bestes Beispiel ist, die zeitliche Verzögerung bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten.

Nachteile für Bürger und Wirtschaft

Verprellt wurden durch Knauserigkeit und mangelnden Weitblick aber nicht nur Beschäftigte und potenzielle Bewerberinnen und Bewerber, sondern auch Gewerbe und Bürger. „Es will schon etwas heißen, wenn ausgerechnet die Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK Berlin) als Interessenvertreterin der Wirtschaft höhere Bezüge für die Beschäftigten der Hauptstadt fordert“, erinnert der dbb Landeschef an das Bündnis „Eine Stadt – Eine starke Verwaltung“, das vor zwei Jahren im Nu 39 Partner gefunden hatte, die massiver Frust über die kaputtgesparte Berliner Verwaltung einte. Doch auch diesem Zusammenschluss ist es letztlich nicht gelungen, die politisch Verantwortlichen wachzurütteln.

An derselben Hartleibigkeit ist ganz aktuell auch ein weiteres Bündnis, nämlich die Besoldungsallianz von dbb Berlin, DGB Brandenburg-Berlin, Deutscher Richterbund Berlin und Hauptpersonalrat gescheitert, die nichts anderes wollte, als allen Berliner Beamtinnen und Beamten zu ihrem grundgesetzlich verbrieften Recht auf amtsangemessene Alimentation zu verhelfen.

Der Senat dagegen setzt auf Zeit und will ein weiteres Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten, obwohl dessen Tenor im Wesentlichen schon feststeht. Es geht dem Dienstherrn also um den Aufschub fälliger Zahlungen beziehungsweise um die Hoffnung, Betroffene, die keinen Widerspruch eingelegt haben, um ihren gerechten Lohn prellen zu können.



Verheerende Signale

Welche verheerenden Signale kommen aber auf dem Arbeitsmarkt an, wenn Beschäftigte sich ihre verbrieften Rechte einklagen müssen beziehungsweise bei versäumten Widersprüchen restlos leer ausgehen sollen.

Als wären diese Fakten nicht disqualifizierend genug, haben verschiedene Beschäftigungsbereiche mit zusätzlichen Hindernissen bei der Personalgewinnung zu kämpfen, allen voran die Berliner Schulen. Hier wird entgegen aller praktischen Vernunft an einer ideologischen Betonposition festgehalten, die fast an totalitäres Gebaren erinnert. Denn die Nichtverbeamtung allein der Berliner Lehrer im weiten Bundesgebiet hat inzwischen nicht nur die Personalsituation zuge-spitzt, sondern auch zu ausgesprochen grotesken Auswirkungen geführt. So werden etwa verbeamtete Lehrer aus Brandenburg – selbstverständlich unter Beibehaltung ihres Status und ihrer höheren Länderbezüge – inzwischen mit offenen Armen in der unter chronischen Lehrermangel leidenden Hauptstadt aufgenommen. Nicht selten handelt es sich dabei um in Berlin ausgebildete Beschäftigte, die die schlechten Berliner Arbeitsbedingungen auf dem Umweg über eine vorübergehende Beschäftigung in einem anderen Bundesland umgehen. Schilda lässt grüßen!

Viel schlimmer aber sind die Konsequenzen für die Berliner Schüler. Denn trotz des verzweifelten Rückgriffs des Senats auf immer mehr Hilfskräfte ohne pädagogische Ausbildung, auf Quereinsteiger und Studierende musste die Bildungsverwaltung einräumen, die offenen Stellen in den Berliner Schulen nicht vollständig besetzen zu können. Über die hausgemachte Hauptursache der Misere – das verbissene Festhalten an der Nichtverbeamtung – schweigt sie sich dagegen aus.

Diskriminierende Gesetzgebung

Auch der Berliner Polizei hat der Senat einen zusätzlichen Bären dienst bei der Nachwuchsgewinnung erwiesen. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG), einem bislang wirkungslosen, aber die Exekutive diskriminierendes Machwerk aus der Feder von Justizsenator Dirk Behrendt hat er einen wahren Sturm der Entrüstung ausgelöst. „Das Werk

von Amateuren“, „ein Wahnsinn“ und „Anti-Polizei-Gesetz“ waren nur einige Kommentare, die die absonderliche Gesetzgebung zusammen mit einem bundesweiten Kopfschütteln begleitet haben. Aber auch in diesem Fall hat die bereits mehrfach zitierte Sturheit des Berliner Senats den Sieg über Vernunft und Sachlichkeit davongetragen. Nicht nur das Vertrauen der Landesbediensteten, die sich plötzlich aufgrund der Beweislastumkehrung bei Diskriminierungsvorwürfen einem Generalverdacht ausgesetzt sehen, ist auf diese Weise erschüttert worden, sondern auch das potenzieller Bewerber – und da helfen dann auch keine bunten Werbeplakate mehr.

Als „Werk von Amateuren“ mutet aber nicht nur das LADG an. Auch das Gesetz über die Hauptstadtzulage, das weitere Klagen wegen Unterschreiten der amtsangemessenen Alimentation verhindern soll, ist mit einem massiven Geburtsfehler auf die Welt gekommen. Wegen seiner Geltung im Tarifbereich hätte frühzeitig die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit ins Boot geholt werden müssen, ein Umstand, der dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz nicht ganz unbekannt gewesen sein dürfte, war er doch sogar im Februar 2020 zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der TdL gewählt worden. Mag es die Furcht vorm Scheitern des Gesetzes gewesen sein, das Land schiebt gerade ein weiteres hausgemachtes Problem auf die lange Bank, nämlich den drohenden Rauswurf aus der TdL mit all seinen negativen Konsequenzen für die Berliner Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst.

„Komplettversagen“ bescheinigt

„Komplettversagen“ wurde dem Senat bescheinigt, was die Umsetzung des E-Governmentgesetzes betrifft. Das vernichtende Urteil fällt der Landesrechnungshof, weil die für den IT-Einsatz der Berliner Verwaltung außerordentlich bedeutende Migration der Informations- und Kommunikationstechnik auf das ITDZ weder ordnungsgemäß noch wirtschaftlich vorbereitet noch umgesetzt worden ist.

Wieder liegt diesem Befund der gleiche mangelnde Umsetzungswille eines politischen Konzepts zugrunde wie bei der Personalsteuerung. Natürlich reicht es nicht, Kompetenzen auf das ITDZ zu übertragen und Berlin vollmundig zur digitalen Hauptstadt zu erklären. Tatsache ist, wenn diese Behörde



in der teilweise digitalen Steinzeit Berlins ernsthaft etwa bewirken soll, müssen die besten Köpfe her – die besten Köpfe kämen aber auch ohne die besoldungspolitischen Taschenspielertricks nicht zum ITDZ, es sei denn, die Ignoranz, mit der bislang die Gesetze des Marktes ignoriert werden, findet endlich ein Ende. Informatiker sind teuer, die besten ihres Fachs richtig teuer – aber immer noch wesentlich billiger als das digitale Herungewurstel im Landesdienst, von dessen extremen Gefahren einmal ganz abgesehen. Einen unüberhörbaren Warnschuss hat es schließlich mit dem Trojaner-Angriff auf das Berliner Kammergericht im September 2019 längst gegeben. Monatelang hatten die Beschäftigten zu serverseitig gespeicherten Daten, anhängigen Verfahren, Verwaltungsvorgängen oder Projekten, keinen Zugang mehr, weil alle Rechner des Gerichts wegen des Befalls vom Landesnetz genommen werden mussten. Das Haus war, wie in alten Zeiten, nur per Telefon, Fax und Post erreichbar. Mit dieser fundamental eingeschränkten Arbeitsfähigkeit lief zwangsläufig – trotz aller Bemühungen der 520 Beschäftigten des Hauses – ein gewaltiger Rückstau unerledigter Vorgänge auf.

Übrigens, für junge Praktikanten ist die Bekanntschaft mit museumsreifen PCs und längst nicht mehr gewarteten Betriebssystemen in Berliner Büros zwar skurril, aber als etwaige Arbeitsplatzempfehlung etwa so einladend wie ein Ärmelschoner.

Vergiftetes Angebot

Junge Leute sind technikaffin und informieren sich in der Regel sehr schnell auf digitalen Kanälen. Man sollte deshalb tunlichst nicht versuchen, sie mit vergifteten Angeboten wie der Pauschalbeihilfe zu ködern. Es besteht die ernste Gefahr, dass sie die Mogelpackung, die an der Attraktivität des Berufsbeamtentums und an den Fundamenten der Krankheitsvorsorge rüttelt, glasklar erkennen und enttäuscht den Rückzug antreten.

Wichtig sind jungen Menschen, die der Landesdienst bekanntlich dringend braucht, dagegen eine ansprechende Arbeitsumgebung, Flexibilität und Wertschätzung. Leider kann der öffentliche Dienst damit kaum punkten: Zugige und schlecht isolierte Büros, grenzwertige Sanitäreinrichtungen und eine altertümliche Arbeitsplatzausstattung sind weit ver-

breitet und werden keineswegs durch ein Mehr an Wertschätzung aufgefangen.

Mangel an Wertschätzung

Das komplette Gegenteil ist der Fall, wenn sich der Justizsenator darin gefällt, überflüssige Gesetze, die sich gegen die eigenen Beschäftigten richten, zu erlassen. Dabei böten Maßnahmen zur Eindämmung der ausufernden Gewalt gegen die Beschäftigten, selbst der Feuerwehren und Rettungsdienste, ein ausgesprochen dankbares und sehr breites Betätigungsfeld.

Von Wertschätzung kann auch nicht die Rede sein, wenn Beschäftigtenvertretungen viel zu spät eingebunden werden und ihre nur allzu berechtigten Einwände, Forderungen und Vorschläge im Koalitionsdickicht sang- und klanglos untergehen. Das Ergebnis dieser Ignoranz des Dienstherrn beziehungsweise Arbeitgebers ist dann nicht selten Chaos und Unruhe. So auch in der gegenwärtigen Corona-Krise: Hier hält es der Senat sogar nicht einmal für nötig, seine Verwaltung ausreichend zu informieren, geschweige denn ein sinnvolles und geordnetes Vorgehen etwa bei Impfungen, Testungen, Beschaffung oder Schutzmaßnahmen abzusprechen. „Das Durcheinander trägt Ihren Namen, Frau Gesundheitsministerin“ titelte der genervte HPR im Mai sein Informationsblatt. Seine frühzeitig unterbreiteten diesbezüglichen Vorschläge waren einmal mehr ungehört geblieben.

„Nur zu gern würde ich dieser verheerenden Bilanz ein paar positive Aspekte hinzufügen, die kann ich jedoch nur aufseiten der tapferen und unverwundlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausmachen, die trotz der skizzierten Mängel, Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten das in starke Schlagseite geratene Schiff auf Kurs halten. Ihnen und den Beschäftigtenvertretungen gilt mein uneingeschränkter Dank. Ich hoffe in der kommenden Legislaturperiode auf eine Rückkehr zu einer sachbezogenen Politik, die Konzepten auch Taten folgen lässt und ein Wiedererstarken der Berliner Verwaltung vorantreibt“, zieht dbb Landeschef Frank Becker ein Fazit über die traurige Bilanz und gibt zugleich zu bedenken: „Egal wer nach der Wahl im September die Regierungsgeschäfte in Berlin übernehmen wird, im öffentlichen Dienst wartet ein schweres Erbe.“



„Bild“-Zeitung

Immer dieselbe Leier!

Regelmäßig im medialen Sommerloch kocht die „Bild“-Zeitung ihr Märchen wieder auf, dass Beamte selbst nichts zu ihrer Altersversorgung beitragen. „Das ist falsch!“, lässt der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler die Macher des Blattes nun auch zum wiederholten Male wissen und untermauert seine Klarstellung mit nicht weniger als neun wissenswerten Fakten zur Altersversorgung:

1. Mit ihren Steuern finanzieren Beamte den Steuerzuschuss des Staates an die gesetzliche Rentenversicherung mit. Der Zuschuss beträgt rd. 100 Mrd. Euro. Heißt: Sie zahlen!
2. Die neue Grundrente wird mit Steuern finanziert. Beamte erhalten keine Grundrente, finanzieren diese aber solidarisch mit. Heißt: Sie zahlen!
3. Das Brutto der Beamten ist seit Jahrzehnten um einen gedachten Beitrag gekürzt. Die Differenz ist daher eine „abgekürzte Zahlung“. Heißt: Sie zahlen!
4. Richtig ist, dass der Pensionsatz höher ist. Man muss aber wissen, dass die Pension eine gedachte Summe von Rente und zusätzlicher betrieblicher Altersversorgung ist.
5. Beamte zahlen also, aber auf anderen Wegen.
6. Nicht zu vergessen: Bis 2039 werden Renten günstiger besteuert als Pensionen.
7. Eine Einheitskasse löst kein Problem. Die kleinen Renten werden nicht höher und neue Einheitszahler erwerben neue Ansprüche.
8. Die Mutter der Probleme ist nicht der Beamte, sondern die ungünstige Demografie.
9. Und außerdem: Die Einbeziehung von Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung wäre aktuell überhaupt nicht finanzierbar. Es würde Bund, Länder und Kommunen nicht nur die Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile zur gesetzlichen Rentenversicherung kosten, sondern auch Beiträge zu einer betrieblichen Altersversorgung. Das würde die Haushalte sprengen. ■





Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann MdB, Christian Goiny MdA und der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf (von links)

Polittalk beim Fröhschoppen

Am 14. August war es nach fast anderthalbjähriger Corona-Pause wieder so weit: Der dbb berlin lud zum Parlamentarischen Fröhschoppen und zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften nutzten die Gelegenheit zum Meinungsaustausch, zur Kontaktpflege und zum gegenseitigen Kennenlernen.

dbb Landeschef Frank Becker freute sich, die Vorsitzenden der Berliner Fraktionen von CDU, Burkard Dregger, Die Linke, Carsten Schatz, Bündnis 90/Die Grünen, Antje Kapek und FDP, Sebastian Czaja, begrüßen zu können. Auch die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, und der Landesvorsitzender der CDU, Kai Wegner, sowie Vizeparlamentspräsidentin Manuela Schmidt zählten zu den Gästen.

Aus Mecklenburg-Vorpommern nahm der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht teil und aus dem benachbarten Brandenburg dbb Landeschef Ralf Roggenbuck. Die dbb Bundesleitung war durch die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Kirsten Lühmann MdB und Astrid Hollmann vertreten.

Vom Hauptpersonalrat konnte Becker die Vorsitzende Daniela Ortmann begrüßen.

Großen Dank zollte Becker in seiner Begrüßung den Sponsoren: BBBank, DBV AXA, Debeka und dbb be-

treuungsverein und natürlich in ganz besonderem Maße dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, der regelmäßig die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernimmt.

„Zum letzten Mal allerdings“, ließ Wieland wissen, der nach den Abgeordnetenhauswahlen nicht mehr für sein Amt zur Verfügung stehen wird. Sein Dank gelte Gastgeber Frank Becker und seinen Mitstreitern beim dbb berlin, die mit dem mittlerweile schon traditionellen Parlamentarischen Fröhschoppen ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Gewerkschaft geschaffen haben. „Behalten sie ihre Kontakte zur Politik bei“, riet der scheidende Präsident und fügte warnend hinzu: „Aber seien sie skeptisch, wenn einer ihnen alles verspricht.“

Besorgt zeigte sich Wieland über die Impfmüdigkeit in der gegenwärtigen Corona-Krise. Es gäbe keine Alternative zur Impfung, „wenn wir über den Winter kommen wollen“, zeigte sich Wieland überzeugt.



© Freidhelm Windmüller (5)

Auch die Jugend war präsent und nutzt die Gelegenheit zum Meinungsaustausch: Yasemin Barghout (Landesleitung dbb jugend berlin), David Jahn (Vorsitzender Junge Liberale Berlin), Marcel Oehm (Vorsitzender dbb jugend berlin), Kai Martin (Linksjugend [solid]) und Alexander Meyer (Vorsitzender der Jungen Union Berlin) (von links).

Den am 13. August mittlerweile 60 Jahre zurückliegenden Mauerbau in Berlin nahm Wieland schließlich zum Anlass, zur entschlossenen Verteidigung demokratischer Werte aufzurufen und unter anderem mit einer hohen Wahlbeteiligung Querulanten und Querdenker in die Schranken zu weisen.

Gäste und die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter aus den Gremien des dbb berlin nutzten das zwanglose Beisammensein, um Positionen auszutauschen, Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit auszuloten. ■



In bester Stimmung: Bernd Raue (Ehrenmitglied des dbb berlin), Matthias Boek (Verein der Obergerichtsvollzieher Kammergericht), die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Thomas Goiny und Martina Riedel sowie Karin Kunkel (DPVKOM Ost) (von links)



Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland (links), und dbb Landeschef Frank Becker bei der Eröffnung der Veranstaltung.



Die HPR-Vorsitzende Daniela Ortman (links) und dbb Landeschef Frank Becker arbeiten in der Besoldungsallianz eng zusammen.

Gemeinsam für Impfungen werben!

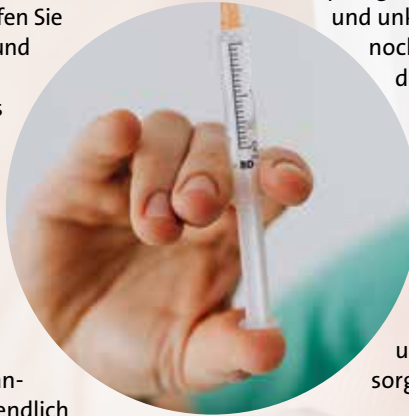
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat einen dringenden Appell auch an den dbb berlin gerichtet, für eine Impfung gegen das Coronavirus zu werben. In einem Schreiben an dbb Landeschef Frank Becker heißt es wörtlich: „Helfen Sie uns, Ihre Beschäftigten, Mitglieder und Gäste, aber auch Verwandten und Freunde zu erreichen. Helfen Sie uns dabei, möglichst alle Berlinerinnen und Berliner anzusprechen und für eine Impfung zu gewinnen.“

Mit Blick auf die hochansteckende grassierende Delta-Variante des Virus und drei- bis vierfach erhöhten Inzidenzwerten bei jungen Menschen bedürfe es dieser Kraftanstrengung, damit die Gesellschaft endlich nachhaltig zur Normalität zurückkehren könne.

Die weitestgehende Impfung der Bevölkerung sei nicht nur die wichtigste Voraussetzung für eine

erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie, sie sei auch einfach wie nie zuvor. Es stehe nicht nur ausreichend Impfstoff zur Verfügung, sondern das Impfangebot ist bedeutend vielseitiger und unkomplizierter geworden als noch zu Beginn der Kampagne. In den Berliner Impfzentren sind mittlerweile Impfungen ohne Termin möglich, mobile Teams in Kiezstraßen, auf Parkplätzen, in Impfstraßen oder Pop-up-Impfstationen auf öffentlichen Plätzen haben das Angebot der Haus- und Betriebsärzte ergänzt und für unkomplizierte Impfungen gesorgt.

„Wir können in diesem Sommer gemeinsam dafür sorgen“, so der Regierende Bürgermeister wörtlich, „dass der nächste Herbst ein anderer wird als im vergangenen Jahr.“



© Karolina Grabowska/Pexels

Sonderurlaub im Katastrophenfall

Berlin gewährt seinen Beamtinnen und Beamten, die ehrenamtlich in Hilfsorganisationen und im Katastrophenschutz beziehungsweise der Katastrophenhilfe tätig sind, Sonderurlaub unter Fortzahlung der Dienstbezüge, wenn dienstliche Gründe im Einzelfall nicht entgegenstehen. Das hat die Senatsverwaltung für Finanzen auf Anfrage von dbb Landeschef Frank Becker mitgeteilt.

Aus Anlass der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hatte Becker wissen wollen, ob Unterstützung bei der Beseitigung der Schäden auch durch entsprechend organisierte Berliner Beamtinnen und Beamte sichergestellt ist.

Maßgeblich sei in derartigen Fällen § 3 a der Sonderurlaubsverordnung SurlVO. Danach soll beamteten Dienstkräften die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen von Organisationen der zivilen Verteidigung sowie im Falle des Einsatzes durch eine dieser Organisationen Urlaub unter Fortzahlung der Besoldung gewährt werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Die Dauer des Urlaubs richtet sich nach § 6 SurlVO.

Zu beachten sei, dass nicht jeder Katastrophenfall und auch nicht ein Einsatz in anderen Regionen

abseits des Katastrophenschutzes im Land Berlin von der SurlVO abgedeckt ist. Unter „zivile Verteidigung“ sei ausschließlich der Katastrophenschutz nach Maßgabe des § 11 des Gesetzes über den Zivildienst und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivildienst- und Katastrophenhilfegesetz – ZSKG) als Aufgabenfeld des Zivildienstes zu verstehen. Insofern komme nur ein Sonderurlaub für die Wahrnehmung von Aufgaben im friedensmäßigen Katastrophenschutz (zum Beispiel Überschwemmungen, Großbrände) in Betracht. Der dbb berlin wird sich allerdings für eine Erweiterung dieser Vorschrift einsetzen, mit der eine Gewährung von Sonderurlaub im Katastrophenfall grundsätzlich auch dann möglich ist, wenn dieser Katastrophenfall nicht in Berlin eintritt.

Ergänzend weist die Senatsverwaltung darauf hin, dass für beamtete Dienstkräfte, die in Gebieten mit akuten Katastrophen, etwa wegen Hochwasser, als Helfer an Einsätzen des Technischen Hilfswerks (THW-Helfer) teilnehmen, das THW-Gesetz – THWG-Anwendung findet. Die Dienstkraft hat dann einen Rechtsanspruch auf Freistellung (also auch bei einem Einsatz in anderen Ländern als Berlin). Dies sei aber kein Fall von Sonderurlaub.

Fortschritte bei beruflicher Gleichstellung

Zufrieden zeigt sich die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Synnöve Nüchter mit den Ergebnissen des 15. Umsetzungsbericht zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz. „Es geht voran, das ist gut“, kommentierte sie den Bericht gegenüber dem hauptstadt magazin.

Im Zeitraum vom 1. Juli 2018 bis zum 30. Juni 2020 waren danach in den obersten Landesbehörden 47 Prozent der Referats- und 41 Prozent der Abteilungsleitungen weiblich. Zehn Jahre zuvor betrug der Frauenanteil noch 36 beziehungsweise 24 Prozent. Im Berliner Hochschulbereich stieg der Anteil der Professorinnen im Berichtszeitraum auf 33 Prozent und liegt damit 7 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Auch in Landesämtern, Gerichten und Bezirksverwaltungen haben Frauen in den vergangenen Jahren mehr Stellen im höheren Dienst und im Leitungsbereich besetzt. In Anstalten des öffentlichen Rechts wie den Wasserbetrieben, den Stadtreinigungsbetrieben und der Investitionsbank wurde die Gleichstellung von Frauen im höheren Dienst mit Anteilen von 40 bis zu 47 Prozent nahezu erreicht.



Synnöve Nüchter

© Michael Wittig

Jahre 2010 deutlich abgebaut werden, weil das Gesetz transparentere Besetzungsverfahren durch Stellenausschreibungen und Dokumentationspflichten vorschreibt. Konkret ist der Frauenanteil von 15 Prozent im Jahr 2012 auf jetzt 39 Prozent angestiegen.

Für Synnöve Nüchter, die in der dbb Landesleitung unter anderem auch für Frauen und Gleichstellungsangelegenheiten zuständig ist, in erster Linie ein Verdienst aller Frauenvertreterinnen, die täglich das Landesgleichstellungsgesetz durchsetzen. Diese engagierten Frauen gelte es noch mehr zu stärken, damit in allen Führungspositionen der Berliner Verwaltung eine 50-Prozent-Quote erreicht und auch in der weiteren Zukunft gehalten werden kann. „Denn die Uhr ist schnell zurückgedreht“, warnt die dbb Landesvorsitzende.

Eine positive Entwicklung weist der Bericht auch in den Vorständen und Geschäftsführungen der Unternehmen mit Landesbeteiligung aus. Dort konnte eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen seit Inkrafttreten des Landesgleichstellungsgesetzes im

Das Landesgleichstellungsgesetz trat 1991 in Kraft. Der Senat berichtet dem Abgeordnetenhaus alle zwei Jahre über diese Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. ■

dbb berlin beim Sommerempfang der SPD Berlin

Astrid Hollmann (stellvertretende Bundesvorsitzende dbb), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Franziska Giffey (Landesvorsitzende der SPD Berlin), Bodo Pfalzgraf und Thomas Goiny (stellvertretender Landesvorsitzende des dbb berlin). (von links)

Beim Sommerempfang der SPD Berlin im Pier 13 des Tempelhofer Hafens hat der dbb berlin die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit der Spitzen-

kandidatin der SPD für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin genutzt und einen weiteren Gesprächstermin verabredet. ■



© dbb berlin

Landesgewerkschaftstag der gkl berlin

Öffentlicher Dienst – facettenreich und unverzichtbar!

Die gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) hat bei ihrem Landesgewerkschaftstag am 12. August 2021 eine neue Landesleitung gewählt und in zahlreichen Anträgen und Entschlüssen die Weichen für ihre gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten fünf Jahren gestellt.

Mit der überwältigenden Mehrheit von gut 80 Prozent der Delegiertenstimmen ist die 55-jährige Kerstin Gutwasser-Friebe an die Spitze der gkl berlin gewählt worden. Die neue Landesvorsitzende kündigte an, ihre Arbeit mit einer Mitgliederwerbekampagne starten zu wollen. Es gelte, die jungen Kolleginnen und Kollegen vom Wert der gewerkschaftlichen Solidarität zu überzeugen, um gemeinsam wichtige Forderungen zur Entlohnung und Arbeitszeitgestaltung durchzusetzen.

Stephan Briesenick (Nahverkehr), Michaela Mandal (Bezirksamt Treptow-Köpenick), Andrea Orhan (Bezirksamt Neukölln) und Petra Woosmann (Landesverwaltungsamt Berlin) wurden als Stellvertreter in die gkl-Landesleitung gewählt.

Cornelia Stemmler, die 17 Jahre lang, davon acht als Landesvorsitzende, die Geschicke der gkl berlin maßgeblich mitbestimmt hat, wurde einstimmig zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Aufruf zur Solidarität

Bei der Eröffnung des Landesgewerkschaftstags hatte Stemmler die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes noch einmal zu mehr Solidarität und Engagement aufgerufen. „Entgelterhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen kommen nicht von allein“, rief die scheidende Vorsitzende aus, die „Trittbrettfahrern“, die ohne eigenes Engagement Nutzen aus gewerkschaftlichen Erfolgen ziehen, eine klare Absage erteilte.

Bei einem Rückblick auf die 17-jährige Geschichte der gkl berlin bescheinigte Stemmler der Gewerkschaft eine „prächtige Entwicklung“. Längst sei die gkl berlin in Betriebs- und Personalräten nicht mehr zu überhören und zu übersehen.

Der Vorsitzende der komba gewerkschaft, Andreas Hemsing, rief die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in einem Grußwort dazu auf, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern selbstbewusst berechnete Forderungen anzumelden. Ihre Zuverlässigkeit und Funktionstüchtigkeit hätten die Mitarbei-



© Friedhelm Windmüller

terinnen und Mitarbeiter in der Corona-Krise erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Arbeitgeber dürften ihre Wertschätzung nicht auf Notsituationen beschränken. Mit „stolzgeschwellter Brust“ werde deshalb die dbb tarifunion in die anstehenden Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eintreten und die berechtigten Forderungen der Beschäftigten auf den Tisch legen.

Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, der zugleich Ehrenvorsitzender der gkl berlin ist, unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung gewerkschaftsübergreifender Solidarität. In Berlin habe der Landesbund in jüngster Zeit bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und bei der Forderung nach einer verfassungskonformen Besoldung mit dem gewerkschaftlichen Mitbewerber zusammengearbeitet. In letzterem Fall habe sich sogar eine „Viererbande“ aus dbb berlin, DGB Berlin-Brandenburg, Deutscher Richterbund und Hauptpersonalrat zusammengeschlossen, um eine amtsangemessene Besoldung für Beamte durchzusetzen. Die gemeinsame Arbeit werde fortgesetzt.

Wegweisende Beschlüsse

Bei den Sachberatungen wurden Entschlüsse zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge und zur Bekämpfung der ausufernden Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gefasst. Weitere Beschlüsse zielten unter anderem auf Höhe und Ausgestaltung von Einkommensanpassungen, auf tarifliche Höhergruppierung, Personalverstärkung und Digitalisierung ab. ■

Die neue gkl-Landesleitung: Petra Woosmann, Stephan Briesenick, Andrea Orhan und Michaela Mandal (von links) mit der neuen Vorsitzenden Kerstin Gutwasser-Friebe (Mitte).

Nach der Arbeit raus auf See

After-Work-Sail Müggelsee

Es gibt Orte in Berlin, die so wunderschön sind, dass sie fast unwirklich erscheinen. Einige Möglichkeiten, diese Orte zu erreichen, sind weitaus angenehmer und aufregender als ein Fußmarsch.

Das Transportmittel, von dem man zu Recht sagt, der Weg sei das Ziel, ist in dem Fall ein ehemaliger Militär- und Rettungskutter. Aber nicht diesel- oder dampfbetrieben, sondern unter Einfluss des Windes. Sich segelnd fortzubewegen ist eine der romantischsten, zugleich aber auch aufregendsten Formen der menschlichen Fortbewegung.

Regelmäßig starten ab Berlin-Köpenick Segeltouren auf dem Zweimastkutter „WICKIE“ von MEE-SEEN mit bis zu zwölf Personen. Ziel des Törns: Großer Müggelsee. Für kurzweilige 2 bis 3 Stunden wird von Friedrichshagen in Richtung Rahnsdorf – dem Ort mit dem schönsten Sonnenuntergang Berlins – gesegelt.

Je nach Witterung gestaltet sich das Unternehmen sportlich, romantisch oder sportromantisch, in jedem Fall aber abenteuerlich, denn ihr dürft euch „besegeln“ lassen, aber auch fest mit anpacken. Macht mit beim Segel Setzen, helft das Boot zu steuern und zu navigieren. Ein Profiskipper geht den Mitseglern zur Hand und führt die Neugierigen in die Materie ein.

Das Boot ist ein sehr sicherer Marinesportkutter mit zwei Masten und Platz für bis zu zwölf Personen. Wenn Petrus mal keine Puste mehr hat, wird mit den



Rudern der See zum Brodeln gebracht. Kleiner Scherz, natürlich gibt es einen „Flautenschieber“ in Form eines hochmodernen, elektrischen Außenbordmotors.

An Bord ist man in besten Händen. Die Jungs und Mädels Schiffsführer kennen als Segellehrer im Revier nicht nur den Müggelsee wie ihre eigene Westentasche, sondern segeln seit Jahrzehnten viele 10.000 Meilen auf Ostsee, Nordsee und dem Mittelmeer. Wer sich als Mitsegler auf dem wilden Müggelsee wohlfühlt, kann natürlich gerne mit dem Skipper mal über weitere Reisen Seemannsgarn spinnen.

Einen Müggelsee Zweimastkutter-Törn kann man unter 0170.5343553 (SMS/Whatsapp/Telegram) anfragen. Einzelne Mitsegler erkundigen sich einfach nach den nächsten Törn-Terminen. Ab sechs Personen seid Ihr eure eigene Reederei und bestimmt, wann und wohin die Reise geht. ■



| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------|-------------------|----------------------------------|---|------------------------|--|--|-------------------------------|----------------------------|-------------------------------|--------------------------------|------------------------|-----------------------------|-------------------|--------------------------|------------------------|---|-------|
| Schubfach | himmelblaue Farbe | deutsche Schriftstellerin (Utta) | ↙ | Körperorgan | <h2 style="text-align: center;">Unser Gewinner</h2> <p style="text-align: center;">Zwei Upgrades für einen Besuch im Friedrichstadt-Palast hat gewonnen:</p> <p style="text-align: center;">René Saxinger, 12167 Berlin</p> <p style="text-align: center;">Das Lösungswort des Juli/August-Preisrätsels war „Touristik“.</p> | | | | | amerikanisches Militärfahrzeug | ↙ | geistliches Lied | ↙ | ugs.: Topf, altes Schiff | | | |
| ↘ | ↘ | ↘ | | Geschwindigkeit | | | | | | erzählende Versdichtung | ↘ | | | | | | |
| fein, empfindlich | | 8 | | | | | | | | | | | | 1 | | | bevor |
| Feingewicht für Edelmetalle | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| ↘ | 6 | | | Kneipe (englisch) | | | | | | | | | | | | | |
| ein Europäer | Darlehen | | | Kerbtier | ↘ | | span. Zupf-instrument | kaltes Erfrischungsgetränk | vertraulich, im engsten Kreis | ↘ | Platzmangel, Raumnot | langer, dünner Speisefisch | poetisch: Biene | | | | |
| Muse der Geschichte | | | | 2 | oberhalb von etwas | | Singular (Sprachwissenschaft) | | | | | | | abwegig, falschlich | jordanische Hauptstadt | | |
| ↘ | | | | Ärgernis, Zumutung | | | | | | 9 | höckerloses Kamel | Stern im Sternbild Walfisch | | | | | |
| Staat in Nahost, Persien | | Himmelsrichtung | | | | | Ort, Platz | | | | | ↘ | ein Balte | feierliches Gedicht | | | |
| ↘ | | | | gemustertes Randbesatz | | | | | französisch: in | | fließende Elektrizität | | | | 3 | | |
| Einfall, Gedanke | | Hafenstadt an der Ostsee | | | | | Ein-siedler, Klausner | | | | 4 | | Gebirge auf Kreta | | | | |
| Aktion, Handlung | | | | 7 | oberitalienische Stadt | | | | | | | | | | | 5 | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Segeltörn gefällig?

Ganz einfach! Wer das richtige Lösungswort errät und zusätzlich ein wenig Lotterieg Glück hat, kann auf einem Marinesportkutter mit zwei Masten den Müggelsee erleben. Denn MEE SEEN hat für die Gewinner unseres September-Preis Ausschreibens zwei mal zwei Tickets zum Mitsegeln auf der „WICKIE“ ausgelobt.

Seebären und solche, die es werden wollen, schicken die richtige Lösung bis **15. September 2021** an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



PREISRÄTSEL



BBBank

Der Fokus auf den Kunden wird elementar sein!

Oliver Lüsich ist seit 1. Juli 2021 der neue Vorsitzende des Vorstands der BBBank. „Mein Ziel ist es, die BBBank als modernste und größte genossenschaftliche Privatkundenbank in Deutschland mit Fokus auf den öffentlichen Dienst zu etablieren“, skizzierte Lüsich gegenüber dem hauptstadt magazin die angestrebten Perspektiven der Bank.

„Der Fokus auf den Kunden wird elementar sein! Wir richten unser Geschäftsmodell konsequent darauf aus“, so Lüsich weiter.

Berücksichtigung sollen dabei auch die Megatrends Digitalisierung, Automatisierung und Nachhaltigkeit finden. Oliver Lüsich: „Banking soll unseren Kunden das Leben erleichtern und Vorteile bringen. Dabei einfach und jederzeit verfügbar sein – und idealerweise sogar Spaß machen.“

Die Entwicklung zielt auf eine „digital-persönliche BBBank“ ab. Das heißt, alle Produkte und Leistungen sollen online abschlussfähig sein und einen spürbaren Kundennutzen bieten. Als Digitalbank mit bundesweitem Filialnetz bietet die BBBank hohe Beratungsqualität auch und gerade für die Belange des



öffentlichen Dienstes, hervorragende Erreichbarkeit und exzellente Services.

„Wir verfolgen also einen hybriden Ansatz“, stellt Lüsich klar, „denn mit unseren Beraterinnen und Beratern in den Filialen vor Ort werden wir uns weiterhin klar von den klassischen Direktbanken unterscheiden.“

Zusammen mit dem Vorstandsteam und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BBBank soll eine lebendige Kultur der Innovation und des Wandels, in der auch Zeit für Kreativität und neue Ideen ist, geschaffen werden. „Und wir binden unsere Kunden und Repräsentanten des öffentlichen Dienstes aktiv über Referenzgruppen ein“, betont Lüsich. „So arbeiten wir gemeinsam an den besten und nachhaltigsten Lösungen.“ ■